



VP Dr. Gerrit Loibl, MSc
gerrit.loibl@arztnoe.at

Zwei Fälle für den Rechnungshof?

Meine persönlichen Berührungspunkte mit dem Rechnungshof sind überschaubar. 2008 hat diese Organisation auf unseren Wunsch die Agenden des Wohlfahrtsfonds der Ärztekammer für Niederösterreich geprüft und ist zu einem durchaus positiven Ergebnis gekommen. Die im Rahmen der Prüfung geäußerten Optimierungsvorschläge haben wir gerne angenommen.

In letzter Zeit hat sich in mir der Verdacht geregt, dass diese Prüfbehörde auch in einigen Bereichen der niederösterreichischen Gesundheitslandschaft einiges zu tun hätte. Zumindestens sofern man den Berichten, die in letzter Zeit immer wieder an uns herangetragen werden, Glauben schenken kann.

Fall 1 – Instrumentensterilisation

In früheren Zeiten, als ich selbst meine Karriere in einem Landesklinikum begonnen habe, wurden Sterilisation und Aufbereitung des chirurgischen Instrumentariums von eigenem Personal in den jeweiligen Krankenhäusern durchgeführt. Die dort tätigen Mitarbeiter waren geschätzte Arbeitskräfte mit großer Verantwortung und hohem Qualitätsstandard. In der Folge kam es aber im Bereich der Landeskliniken-Holding zur allgegenwärtigen Infektion mit dem Outsourcing-Virus, der auch vor der Instrumentenaufbereitung nicht Halt machte. Und so begibt sich das chirurgische Werkzeug mittlerweile fast täglich auf eine Reise quer durch unser Bundesland zu einer zentralen Sterilisationseinheit und nach Möglichkeit hoffentlich auch wieder zurück in die einzelnen Spitäler. Allerdings dürfte der Qualität dieses Prozesses – höflich ausgedrückt – einiges an Optimierungspotential innewohnen, denn immer wieder hört man von unvollständigen und manchmal sogar noch schmutzigen Instrumentensätzen, die nach dem Öffnen zur Durchführung der vorgesehenen Operation nicht geeignet sind und damit immer wieder zu unnötigen Verzögerungen führen. Ob und welche Konsequenzen zur finanziellen Vergütung des dadurch entstandenen Schadens und zur Durchführung der notwendigen Qualitätsverbesserung gezogen wurden oder werden, entzieht sich meiner Kenntnis.

Fall 2 – Wochentagsnachtsbereitschaftsdienst

Ich selbst habe in den 90-er Jahren im Auftrag unserer Kammer das Pilotprojekt für diesen allgemeinmedizinischen Nachbereitschaftsdienst in Tulln geleitet und in der Folge konnten wir diesen Bereitschaftsdienst auf ganz Niederösterreich ausrollen. Es gab lokale Stützpunktleiter, die für Dienstplan und Organisation

verantwortlich waren. Wir führten eine Statistik und konnten genau über die Anzahl der geleisteten Dienste und durchgeführten Visiten berichten. Lange Jahre funktionierte das System zu aller Zufriedenheit, bis schließlich der beginnende Ärztemangel die Besetzung der Diensträder zunehmend erschwerte und es uns zu den vom Land vorgegebenen Bedingungen schließlich nicht mehr möglich war, die Diensträder zuverlässig aufrecht zu erhalten. So ging die Verantwortung für den Wochentagsnachtsbereitschaftsdienst an Notruf Niederösterreich über, und damit fand auch die Transparenz bezüglich der erbrachten Dienste und Leistungen ihr Ende. Soweit erhebbar gibt es dort die gleichen und mittlerweile massiven Probleme mit der Besetzung der Dienste und vielerorts werden angeblich entweder Notärzte und Notärztinnen zu Bagatellerkrankungen geschickt oder es erfolgen Rettungstransporte ins Krankenhaus, da die eigentlich dafür zuständigen von Notruf Niederösterreich organisierten AllgemeinmedizinerInnen entweder nicht verfügbar oder nicht gewillt sind, die notwendigen Visiten durchzuführen. Den Vorwurf, es handle sich dabei nur um böswillige Gerüchte, könnten die Verantwortlichen ganz einfach durch die Vorlage einer Dienst- und Einsatzstatistik begegnen, doch darauf warten wir seit Jahren.

In beiden Fällen ist es unser aller Steuergeld, das hier in offensichtlich stark verbesserungswürdigen Strukturen versickert, es sind unsere Kolleginnen und Kollegen, deren Arbeit durch mangelnde Strukturqualität erschwert wird, und es sind die Patientinnen und Patienten unseres Bundeslandes, die nicht so behandelt werden, wie es medizinisch notwendig und sinnvoll ist.

Vielleicht sollte wirklich eine Rechnungshofprüfung dieser Strukturen durchgeführt werden und könnte so – gerne auch ohne Schuldzuweisung – das sicherlich in hohem Maß vorliegende Verbesserungspotenzial ans Licht bringen.

DR. GERRIT LOIBL, MSc

Vizepräsident der Ärztekammer für Niederösterreich